

MEINUNG

Der «Grosse Reset»

Durch die Pandemie wird die Abkehr vom Konservatismus hin zum Linksliberalismus beschleunigt. Der Graben zwischen Arm und Reich wird sich noch mehr vertiefen und diesen Trend weiter verstärken. Das böse Erwachen erfolgt erst später.

Felix W. Zulauf

22.12.2020, 03.19 Uhr

1980 gestand mir ein Freund aus den USA, damals wie heute eine bekannte Wall-Street-Grösse, er schäme sich für seinen Pass. Kurz zuvor war die Geiselnbefreiung durch ein US-Militärkommando in Iran gescheitert. Inflation, Zinsen und Bondrenditen stiegen das ganze 1970er-Jahrzehnt beschleunigt weiter, der Dollar war auf Talfahrt, und US-Staatsanleihen wurden als «Konfiskationszertifikate» betitelt.

In dieser desolaten Lage berief Präsident Jimmy Carter im August 1979 Paul Volcker an die Spitze der US-Notenbank, um die Situation zu bereinigen. Er trieb die amerikanische Wirtschaft in kurzer Zeit mit einer bisher nie gesehenen Geldverknappung zweimal in die Rezession, aber hatte dann Erfolg. Volcker brach der Inflation das Genick.

Seine Politik wurde gestützt vom 1980 gewählten konservativen Präsidenten Ronald Reagan. Ein Jahr zuvor schon hatte die britische Oppositionsführerin Margaret Thatcher die Wahlen gewonnen und wurde zur legendären konservativen Premierministerin, die Grossbritannien aus dem Armenhaus führte. Nur wenige

Jahre zuvor hatte der IWF das Land vor dem Bankrott retten müssen. Das Pendel hatte zu weit nach links ausgeschlagen, und nun schwang es zurück.

Damals, Anfang der Achtzigerjahre, begann von historisch tiefen Bewertungen die grösste Hausse für langfristige Anleihen, Aktien und andere Vermögenswerte aller Zeiten. Millionen von Menschen kamen in den Genuss eines zunehmenden Wohlstandes.

Und wo stehen wir heute?

2020 im Zeichen der Pandemie

2020 steht ganz im Zeichen des Sars-CoV-2-Virus. Die Staaten in Asien waren gut vorbereitet und wussten, wie man mit einer Pandemie umgeht. Entsprechend verzeichnet China seit Monaten keine Covid-19-Todesfälle mehr, und die Konjunktur in ganz Ostasien steht in einer konjunkturellen Erholung wie nach jeder Rezession.

Im Gegensatz dazu war der Westen unvorbereitet und zu Beginn mit seinen Massnahmen nicht so konsequent wie China. Nun sind wir zu Gefangenen der Statistiken geworden. Es wäre töricht, das Virus zu verharmlosen, weil es für Betroffene und ihre Angehörigen tragisch enden kann. Aber wer die Statistiken studiert, sieht, dass heute zwar mehr Menschen an Covid-19 sterben, aber dafür die Todesfälle bei Herz-/Kreislauf-, Atmungs-, Lungen- und anderen Krankheiten fallen.

Deshalb ist es fraglich, ob das restriktive Eingreifen in die Volkswirtschaften nicht überzogen ist. Unzählige Kleinunternehmen und auch grössere Gesellschaften in direkt betroffenen Branchen werden wohl für immer schliessen müssen. Die Sockelarbeitslosigkeit wird deutlich steigen und uns einige Jahre begleiten. Das reduziert das Steuersubstrat und verursacht hohe Kosten, finanziell wie psychisch.

Ökonomische Grundlagen werden ausgehebelt

Konjunktur und Regierungen sind auf Schleuderkurs, während die Haushaltsdefizite und die Verschuldung explodieren. Klaus Schwab, Gründer des World Economic Forum (WEF), ruft den «Great Reset», den grossen Neustart, aus. Dies bedeutet nichts weniger, als unsere ökonomischen und gesellschaftlichen Grundlagen auszuhebeln und komplett neu aufzusetzen.

Wer den Text von Schwab liest, traut seinen Augen nicht. «Sie werden nichts mehr besitzen, aber glücklich sein» – klingt wie ein kommunistisches Manifest. Tatsächlich geben sich am WEF gewählte Staatsoberhäupter, Diktatoren, Oligarchen und Konzernchefs die Klinken in die Hand. Offensichtlich haben sie eingesehen, dass unsere Systeme völlig überschuldet sind. Das verursacht mit der Zeit wirtschaftliches Leid für die Masse und erhöht die Gefahr, dass sich die Bürger gegen die Elite erheben.

Nach marktwirtschaftlichen und freiheitlichen Regeln ist eine Gesundung kaum mehr zu bewerkstelligen. Zu lange haben unsere Politiker und Notenbanken Misswirtschaft getrieben und die Realitäten verdrängt.

Sollte das WEF einen konkreten Plan zur Gesundung haben, dann sollte dieser im Detail publik gemacht werden. Offensichtlich schwebt Schwab vor, das Volk zu enteignen und dafür eine Art Feudalsystem aufzubauen, wobei dann womöglich ein garantiertes Grundeinkommen an alle abgegeben werden sollte.

Der «Reset» als totalitäre Idee

Ich halte von dieser totalitären Idee, einem Umbau unserer Systeme durch die Eliten von oben, gar nichts, auch wenn Joe Biden, der neue US-Präsident, und die Präsidentin der EU-Kommission beide auch schon von diesem «Reset» sprechen. Es

scheint tatsächlich so, dass in den Hinterzimmern an einem solchen Coup gebastelt wird.

Aber die Welt braucht weder ein totalitäres noch ein sozialistisches Modell, sondern eine offene, demokratische Gesellschaft. Sie braucht Eigentumssicherheit, wenige, aber durchsetzbare und vernünftige Regeln und Rahmenbedingungen für Innovation und Wettbewerb. Wer Misswirtschaft treibt, geht bankrott und muss restrukturiert werden.

Das gilt auch für Staaten, die sich bis über die Ohren verschuldet haben. Da aber Banken, Versicherungen und Vorsorgekassen auch massenweise faule Staatsanleihen halten, scheuen sich die Behörden vor dem harten Schnitt, denn dann käme die wirtschaftliche Wahrheit auf dem Tisch. Also verschleppt man weiter und tut so, als wäre alles in Ordnung.

Die meisten Industriestaaten sind derart überschuldet, besonders wenn man die nicht bilanzierten Leistungsversprechen mit einbezieht, dass wir an schmerzhaften Restrukturierungen nicht mehr vorbeikommen werden. Aber eben: Lieber sucht man «neue Wege».

Leider läuft es aber in die völlig falsche Richtung. 2018 traf sich die Sozialistische Internationale in Buenos Aires und beschloss, die Welt in Zukunft fairer und umweltfreundlicher zu gestalten. Was diese Vereinigte Linke damals beschlossen hat, wird heute von den Regierungen im Westen als «Buenos Aires Konsens» umgesetzt, egal ob das Führungspersonal und ihre Parteien konservativ, sozialdemokratisch, grün, schwarz oder rot angeschrieben sind.

Fragliche Glaubwürdigkeit der neuen US-Regierung

Die Franzosen waren schon immer etatistisch unterwegs. Das Parlament der Schweiz ist nach den letzten Wahlen deutlich linker und grüner geworden. Die CDU

von Angela Merkel steht heute weiter links als die SPD vor vierzig Jahren. Und Franz Josef Strauss würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüsste, was für eine Windfahne die CSU heute führt. Joe Bidens Ernennungen sind weitgehend Mitglieder des linksliberalen Establishments. Die Ernennung von John Kerry (Aussenminister unter Obama) als «Klima-Zar», der den Amerikanern den sparsamen Umgang mit Energie beibringen soll, spottet jeder Vernunft. Er selbst bewohnt sechs Häuser, besitzt zwölf Autos, zwei Yachten und einen Privatjet. Diesbezüglich war sogar Trump ehrlicher – und das sagt schon viel über die Glaubwürdigkeit der neuen US-Regierung.

Der Marsch der 1968er durch unsere Institutionen ist eindrücklich. Die öffentlich-rechtlichen Medien sind unisono linksliberal, ebenso unsere Bildungsstätten. Vor vierzig Jahren war gemäss US-Statistiken einer von drei Lehrern links. Heute ist es die überwiegende Mehrheit, auch in Europa. Und so wurde eine ganze Generation mit linker Ideologie indoktriniert.

Diese linkslastige Politik hat die ganze westliche Welt in eine Sackgasse geführt. Wir sind überreguliert und verschuldet, die Staatsquoten sind auf unglaubliche Höhen geschneit, in den USA von 22% auf 39%, in der EU liegt sie bei 59%, in Deutschland bei 54% und in Frankreich, welches jetzt der EU die wirtschaftspolitische Marschrichtung aufdrängt, sogar bei 64%. Während China einem «totalitären Kapitalismus» huldigt, ist der Westen in der sozialistisch durchtränkten Staatswirtschaft angekommen.

Geradezu katastrophal ist, dass die einst konservativen Medien heute auch diesem Linksliberalismus frönen. Damit ist ein Korridor entstanden, der nur noch Meinungen innerhalb dessen Grenzen als politisch korrekt akzeptiert. Wer sich ausserhalb bewegt und kritisch ist, wird als Verschwörungstheoretiker oder rechtsextrem abgestempelt. Linksextreme gibt es keine mehr, denn die ehemalige Mitte ist heute links aussen. Die Situation ist um 180 Grad anders als vor vierzig Jahren.

Wie geht es weiter?

Das politische Führungspersonal des Westens hat sich diesem Linksliberalismus verschrieben. Wenn EZB-Chefin Christine Lagarde sogar eine «grüne Geldpolitik» ausruft, dann sollten bei vernünftigen Geistern alle Alarmglocken läuten. Mehr Unsinn geht gar nicht! Die Arroganz der Elite, die Natur und die Volkswirtschaft so zu veranstalten, wie sie es gerne hätte, ist unfassbar.

Es ist davon auszugehen, dass die westlichen Regierungen in den nächsten Jahren noch sehr grosse Haushaltsdefizite schreiben werden. Dieses Jahr betragen sie teilweise sogar mehr als 10% des BIP, was es sonst nur in Kriegszeiten gab. Die Notenbanken werden diese Schulden weitgehend monetisieren, was nichts anderes heisst, als dass alle unsere Währungen weniger wert sein werden. Nach der grossen Finanzkrise vor gut zehn Jahren haben die Notenbanken zwar auch massiv Geld geschöpft, aber gleichzeitig versuchten die Regierungen damals, den Staatshaushalt zu stabilisieren.

Das hat man nun endgültig aufgegeben. Wir beginnen eine neue Ära von grossen Staatsdefiziten, die primär über die Geldschöpfung der Notenbanken finanziert werden und einem zunehmenden Anteil der Staatswirtschaft, begleitet von immer mehr Regulierungen und Einschränkungen der Freiheit. Alle Hemmungen sind gefallen, Marktwirtschaft und Freiheit werden begraben.

Für die nächsten sechs Monate dürften sich die Hoffnungen auf eine rasche Konjunkturerholung wieder nicht erfüllen. Die erneuten Restriktionen in Europa und den USA werden abermalige Enttäuschungen nach sich ziehen. Die Notenbanken werden mit einer anhaltenden Geldschwemme die Zinsen tief halten und versuchen, die Vermögenswerte zu stützen, weil ein Rückgang von 10% bei den Aktienindizes heute schon zu einem Rückgang von 1% im BIP führt.

Unser ganzes System ist zur Geisel dieser Geldschwemme und der aufgeblähten Vermögenswerte geworden. Im nächsten Jahr werden die acht grössten Zentralbanken (SNB nicht mitgerechnet) pro Monat mehr als 300 Mrd. \$ in den Markt pumpen, davon 240 Mrd. \$ zum Kauf von Staatsanleihen. Das führt zur bekannten Geldillusion und dem Glauben, dass alles gut sei und man ohne Kostenfolgen unbegrenzt viel Geld schöpfen kann.

Das ist ein Trugschluss. Vielmehr werden Vermögenswerte weiter aufgebläht, und das wird den Graben zwischen Habenden und Habenichtsen noch weiter aufreissen. Dies wird den politischen Linksrutsch nur noch verstärken und uns in die Tiefen des Sozialismus führen. Osteuropa hat es uns vorgelebt, als einige wenige viel und die grosse Masse der Bevölkerung schliesslich nichts mehr hatte.

Kurzfristig überhitzte Aktienmärkte – aber Aufbau der Exzesse geht weiter

Momentan sind die Aktienmärkte alle spekulativ überreizt wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. Die Put-Call-Ratios verzeichnen neue Rekordtiefst, die Anzahl gehandelter Optionen, ein Gradmesser für die spekulative Intensität, ist in den letzten drei Jahren parabolisch auf neue Höchst gestiegen. Die meisten Experten sind sich einig, dass ein neuer Aufschwung bereits begonnen hat, da der Impfstoff jetzt kommt und damit die Risiken der Pandemie abnehmen. Das mag auf Sicht der kommenden paar Quartale auch so sein. Sollten vorher Rückschläge an den Märkten einsetzen, so würden die Behörden einfach noch grössere Kanonen auffahren.

Dann werden die Notenbanken ihre Geldstösse weiter erhöhen, allenfalls auch Aktien kaufen (Japan und die Schweiz tun dies bereits), und die Regierungen werden ihre Unterstützungsprogramme weiter erhöhen. Dann steigen die Kurse von Aktien in dieser zunehmenden Staatswirtschaft weiter, getragen von einem Meer an unendlich geschöpftem Geld. Denn die Notenbanken können nicht mehr zurück.

Sollte die US-Notenbank den Versuch wagen, restriktiver zu werden, um den schwachen Dollar zu stützen, dann würde es gefährlich. Ein derart überschuldetes System kann nicht aufhören, sich immer weiter zu verschulden, sonst kollabiert es wie ein Kartenhaus.

Die vorsichtigen Sparer werden von dieser Politik bestraft, und die unvernünftigen Spekulanten und Glücksritter werden belohnt – ja, die Bürger werden durch die gesetzten Rahmenbedingungen (Negativzins) regelrecht zu Spekulanten erzogen.

Die Geldillusion wird alle Vermögenden noch eine Weile glücklich machen und im Glauben lassen, dass sie reicher werden. Das böse Erwachen kommt erst, wenn die Schlussabrechnung präsentiert wird. Aber das dauert vermutlich noch einige Zeit.

Felix W. Zulauf



Felix W. Zulauf ist Gründer und Inhaber der Zulauf Asset Management in Baar. Seine Laufbahn führte ihn zunächst bei UBS in Zürich durch verschiedene Positionen, unter anderem als globaler Anlagestrategie und Leiter des institutionellen Portfoliomanagements. Dazwischen dienten ihm Auslandsinsätze in New York und Paris zur Vertiefung der Fachkenntnisse globaler Finanzmärkte. 1990 gründete er Zulauf Asset Management, um seine Anlagephilosophie frei von konventionellen institutionellen Restriktionen umsetzen zu können. Im Laufe des letzten Jahrzehnts hat Zulauf die Mehrheit seiner Firma verkauft und seine Minderheit als eigenständiges Unternehmen abgetrennt, das ihm primär als sein eigenes Family Office dient und Beratungen für Kunden weltweit anbietet.



MEINUNG

Wirtschaftspolitisches Heroin und Finanzmärkte

Die Behörden haben die Finanzmärkte abhängig von ihren Stimuli gemacht. Doch trotz Geldflut durch das Federal Reserve droht in den USA eine Kreditklemme. Der Abschwung wird noch extremere Massnahmen zur Folge haben.

Felix W. Zulauf 29.09.2020



MEINUNG

Der Traum von der grossen Erholung wird platzen

Die Märkte steigen dank der gewaltigen Stimulierungsmassnahmen. Mehr als ein Strohfeuer ist das aber nicht. Dafür ist der Zustand der Weltwirtschaft zu fragil.

Felix W. Zulauf 02.06.2020



INTERVIEW

Felix Zulauf: «Wir haben die grössten Exzesse in Generationen geschaffen»

Der Investor und Marktbeobachter Felix W. Zulauf kritisiert, dass die Zentralbanken in der Expansion eine viel zu lockere Geldpolitik verfolgt und damit eine übermässige Verschuldung begünstigt haben.

Mark Dittli 02.04.2020





DIE MEINUNG

Mit Vollgas in die Planwirtschaft

Regierungen und Notenbanken verhindern mit immer extremeren Methoden notwendige Anpassungen in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten. Die Folge ist ein schleichender Freiheitsverlust.

Felix W. Zulauf 10.02.2020



Copyright © The Market Media AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von The Market Media AG ist nicht gestattet.